

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Schiller-Platz gegenüber von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Wöchentlich



13 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 6650-53.

Von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: Mt. 1.— monatlich, Mt. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerkosten. Mt. 4.00 vierteljährlich durch alle deutschen Buchhändler, ausserhalb Deutschlands. — Bezugs-Beziehungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die Hiesige Buchdruckerei 18, sowie die Buchhändler in allen Teilen der Stadt; in Diebstahl: die dortigen Buchhändler und in den benachbarten Orten und im Rheingebiet die betreffenden Tagblatt-Verleger.

Anzeigen-Preis für die Zeilen: 15 Pfg. für örtliche Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Mittler Anzeiger“ in einseitiger Spalte; 20 Pfg. in doppelseitiger Spalte; 25 Pfg. für alle übrigen örtlichen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Mt. für örtliche Reklamen; 1 Mt. für auswärtige Reklamen. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, nach beiderseitiger Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unerschütterter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechende Nachsch.

Angenommen: Annahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr morgens, für die Morgen-Ausgabe bis 5 Uhr nachmittags. Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblattes: Berlin W., Potsdamer Str. 121 K. Fernspr.: Amt Löhov 6202 u. 6203. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgerichteten Tagen und Plätzen wird frische Größe übernommen.

Mittwoch, 21. Februar 1917.

Abend-Ausgabe.

Nr. 95. • 65. Jahrgang.

## Was die bevorstehende Reichstags- tagung bringt.

Am Donnerstag tritt der Reichstag zur Fortsetzung seiner Tagung zusammen, die nun schon seit dem 4. August 1914 dauert. Auf der Tagesordnung der um drei Uhr beginnenden Sitzung stehen die Beratung der Anleihebedarfsliste für das Reich 1916 und die erste Lesung des dem Reichstag bereits zugegangenen Entwurfs eines Gesetzes über Einberufung von Hilfsrichtern zum Reichsmilitärgericht; doch hat sich der Präsident Dr. Kaempf vorbehalten, weitere Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen.

In dem diesmaligen Tagungsabschnitt hat die Volkvertretung einen verhältnismäßig umfangreichen Arbeitsstoff zu bewältigen, in dessen Mittelpunkt der bereits in einem halbamtlichen Auszuge veröffentlichte Haushaltsplan und die neuen Kriegssteuern stehen. Wie aus der erwähnten Veröffentlichung zu ersehen, ist in dem Etat der Betrag für Verzinsung und Tilgung der Reichsschulden in Höhe von 3566 Millionen Mark eingestellt wovon 1250 Millionen Mark ungedeckt sind und durch neue Steuern aufgebracht werden sollen.

Diese Steuern selbst, welche in der halbamtlichen Veröffentlichung mitgeteilt werden, haben keine sonderliche Überraschung mehr gebracht. Das eine neue Verbrauchssteuer in Form einer Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs auf Eisenbahnen, Kleinbahnen und Wasserstraßen kommen sollte, wußte man schon aus der Ankündigung, die der preussische Eisenbahnminister am 8. Februar im Abgeordnetenhaus gemacht hatte. So viel man weiß, soll dieser Steuerbetrag in der Weise eingebracht werden, daß ein gewisser Prozentsatz von dem Gesamtüberschuß der einzelnen Eisenbahnverwaltungen beziehungsweise der anderen in Frage kommenden Verkehrsunternehmen an das Reich abgeführt wird, während es Sache der einzelnen Verwaltungen bleibt, jene Abgabe in Form von Tarifierhöhungen herauszubekommen. Wenn wir in Friedenszeiten grundsätzlich Verbrauchssteuern als verkehrte Steuern bezeichnen konnten, so liegen die Dinge jetzt, wo wir uns ersten Kriegsnotwendigkeiten gegenübersehen, überhaupt anders, und bei der Erörterung von Steuerfragen ist leider noch wichtiger als der Satz, wie Steuern aufzubringen sind, der, daß sie aufzubringen sind. Trotzdem dürften im Reichstag mancherlei ernste Bedenken gegen die weiter in Aussicht genommene Kohlenabgabe geltend gemacht werden, die, wie verlautet, so gedacht ist, daß jede Grube für jede Tonne, die sie fördert, noch bevor diese in den Handel gebracht ist, eine Abgabe an das Reich zu entrichten hat. Das würde natürlich eine entsprechende Verteuerung des Preises für Stein- und Braunkohle (es wird von etwa 10 Prozent gesprochen) bedeuten, die für die ärmeren Volksschichten jedenfalls eine sehr erhebliche Belastung darstellen würde. Es sei jedoch gleich bemerkt, daß eine Verteuerung der Kohlen dadurch nicht zu befürchten wäre, denn diese beruht ja nicht auf dem zu hohen Preis der Kohle, sondern lediglich auf den mangelhaften Beförderungs- (nicht Förderungs-) Möglichkeiten.

Keinerlei Widerspruch dürfte sich dagegen gegen die dritte der von der Regierung vorgeschlagenen Steuern, gegen die Erhebung eines Zuschlags zur außerordentlichen Kriegsabgabe geltend machen, der, so viel man hört, in der Höhe von 20 o. S. erhoben werden soll. Es entspricht durchaus dem sozialen Empfinden, daß vor allem derjenige, der in diesem Kriege, welcher der großen Mehrheit so gewaltige Opfer auferlegt, sein Geld und Gut vermehren konnte oder gar durch den Krieg selbst gewonnen, in weitgehendem Maße zu den Kriegsausgaben herangezogen wird. Inwieweit diese Steuervorschläge die Zustimmung des Reichstags finden werden, läßt sich natürlich nicht voraussagen. Auch das Kriegsteuerbündel, welches vom Parlament im Juli 1916 bewilligt und dessen Gesamt-ertrag auf 27 Milliarden geschätzt wurde, war vorher einer gründlichen Umarbeitung unterzogen worden.

Bekanntlich wird dem Reichstag auch eine neue Kriegskreditvorlage angeblüht in der Höhe von 15 Milliarden Mark zugehen. Bisher hat die Volkvertretung im ganzen 64 Milliarden Mark bewilligt, so daß also die Kriegskredite damit die Höhe von 79 Milliarden erreichen würden, von denen bisher durch fünf Kriegsanleihen nahezu 47 Milliarden Mark flüssig gemacht worden sind. Die Zeichnung auf die sechste Kriegsanleihe soll im nächsten Monat stattfinden, und es ist nicht daran zu zweifeln, daß sie einen ebenso glänzenden Erfolg haben wird, wie es selbstverständlich ist, daß die Volkvertretung den neuen Kriegskredit mit der gleichen Einmütigkeit bewilligen wird wie die früheren.

Von kleineren Gesetzentwürfen sind dem Reichstag bereits angekündigt: eine Vorlage, betreffend Vereinfachung der Rechtspflege, eine weitere zur Bekämpfung der Seuchen und ansteckenden Krankheiten, ein Gesetzentwurf, betreffend den Wiederaufbau unserer Handelsflotte, und endlich eine Vorlage behufs Erweiterung der Freifahrt der Abgeordneten. Weiter werden vor allem in Verbindung mit dem Haushaltsetat naturgemäß mancherlei brennende Fragen zur Erörterung gelangen, so die der Volks- ernährung, auf welchem Gebiet es ja noch immer stark hapert, der Bevölkerungspolitik, der Übergangswirtschaft und dergleichen mehr. Wie ja überhaupt aus dem Hause heraus mannigfache Anregungen zu erwarten und zum Teil, wie die von nationalliberaler Seite befürwortete Schaffung von Parlaments-Unterstaatssekretären und die von fortschrittlicher Seite in Aussicht gestellte Anschauung der Fideikommissfrage, schon angekündigt worden sind.

## Die dem Reichstag zugegangenen Gesetzentwürfe.

W. T. B. Berlin, 21. Febr. (Drahtbericht.) Außer dem Etat für das Rechnungsjahr 1917 gingen dem Reichstag noch folgende Gesetzentwürfe zu: 1. Ein Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für 1916, nach dem zur Bekämpfung außerordentlicher Ausgaben 15 Milliarden auf dem Wege des Kredits flüssig gemacht werden dürfen. 2. Ein Gesetzentwurf, nach dem auf Grund des Kriegsteuergesetzes zugunsten des Reiches ein 20proz. Zuschlag zu den außerordentlichen Kriegsausgaben des Reiches erhoben werden soll. 3. Ein hiermit in Verbindung stehendes Sicherungsgesetz, nach dem einzelne Personen vor Verlegung ihres Aufenthalts in das Ausland der Steuerbehörde auf Verlangen Sicherheit für eine künftige Kriegsteuer zu leisten haben. 4. Ein Gesetzentwurf über eine weitere Kriegsabgabe der Reichsbank von 100 Millionen Mark und 5. ein Gesetzentwurf über den Haushaltsetat für die Schutzgebiete, nach dem für diese die Bestimmungen des Etats für 1914, auch für 1917 maßgebend bleiben.

## Eine Kundgebung Hindenburgs.

○ Berlin, 20. Februar.

In meisterhafter Weise hat Hindenburg die Umstände klargestellt, unter denen sich der letzte Abschnitt des Krieges, in den wir durch unseren verstärkten Unterseebootskrieg eingetreten sind, vollziehen müssen. Unser großer Seerführer hatte schon einmal das treffende Wort für den Kern, auf den es ankommt, gefunden, als er erklärte, daß wir gesiegt haben werden, wenn wir die Feinde verhindern, ihre Ziele zu erreichen. Damit war schon ausgedrückt, daß wir einen Verteidigungskrieg führen, den wir gewonnen haben werden, wenn die Unerfüllbarkeit unserer Abwehrstellung bewiesen und den Feinden bittere und unumstößliche Gewissheit geworden sein wird. Denn wir haben keine Ziele, deren Voraussetzung ein Sinausgehen über unsere schon erstrittenen Erfolge wäre, die also erst erreichbar wären wenn wir unsere Fronten in Ost und West ins Ungewessene hinein erweiterten. Es ist gewissermaßen ein technisch-politisches-militärisches Gutachten, das Hindenburg erstattet hat, und von dem wir jetzt durch Äußerungen des Freiherrn v. Hertling zu dem Münchener Schriftsteller Brien Kenntnis erhalten. Aus den Äußerungen gewinnt man sofort den Eindruck einer wesentlichen Übereinstimmung zwischen Hindenburg und der politischen Reichsleitung, in deren Namen der Kanzler wiederholt im Reichstag denselben Gedanken ausgesprochen hat. Wir könnten, nach Hindenburg, unseren Verteidigungszustand unbegrenzt lange aufrechterhalten, aber auch unsere Gegner könnten theoretisch den Krieg ins Endlose fortsetzen, wofür sie sich nur die Zufuhr von Kriegsmaterial übersee sichern. Das Kriegsmaterial ist, hat Hindenburg im einzelnen nicht gesagt, aber es ist klar, daß sich dieser Begriff nicht bloß auf Waffen und Munition, sondern auch auf Lebensmittel und Kohlen ausdehnt. Zur Abschneidung dieser Zufuhren soll und wird unsere Unterseebootsflotte dienen, und sie wird, das ist ausgesprochen wie unangefochten, die feste Meinung Hindenburgs und unserer gehemmtsten politischen wie militärischen Leitung, diese ihre Aufgabe zweifellos erfüllen. Schon in seiner Rede vom 31. Januar im Hauptauschuß des Reichstags berief sich Herr v. Bethmann Hollweg auf Bemerkungen des Feldmarschalls v. Hindenburg und auf die mit der Ansicht Hindenburgs übereinstimmende Äußerung des Admirals Stob, „daß England durch die Unterseebootsflotte zum Frieden gebracht wird“. Daß das nur ein Friede sein kann, der unsere Forderungen und Interessen bis zum letzten Rest Erfüllung gewährt, ist selbstverständlich, aber auch die größte Sicherheit, mit der wir unseren endgültigen Sieg erwarten dürfen, drängt unsere verantwortlichen

Männer nicht aus den selbstgestellten Grenzen heraus und läßt sie dabei beharren, daß wir und unsere Verbündeten aus diesem Kriege nicht, wie es Hindenburg ausdrückt, „mit unerfüllten Verpflichtungen herauszu- gehen haben, die uns zwingen würden, den Kampf fortzusetzen“. Innerhalb des so gezogenen Rahmens bleiben freilich viele Möglichkeiten offen, und wir leben der Gewissheit, daß unsere Friedensbedingungen, sobald erst einmal England niedergezwungen sein wird, beträchtlich über das hinausgehen werden, was wir nach der Kanzlerrede vom 12. Dezember auf den Konferenzen legen wollten. Auch wenn wir, wie es Hindenburg feststellt, den Zweck unseres Krieges, die Verteidigung gegen die feindlichen Angriffe, vollständig erreicht haben, so kann damit noch nicht die Gefahr beseitigt sein, daß die Feinde in einem neuen Kriege abermals versuchen, unsere Fronten einzubrüchen. Damit sie an diesem Versuch bereits verhindert werden, und damit er, falls er doch unternommen werden sollte, schon im Beginn scheitern müßte, dafür brauchen wir Bürgschaften, die uns nicht durch papierne Verträge, sondern einzig durch die Ausdehnung unserer Machtstellung über unsere jetzigen Grenzen hinaus verschafft werden können. Wenn der Ministerialdirektor Dr. Kintner am Samstag im Abgeordnetenhaus von dem gegenwärtigen ersten punischen Kriege sprach, dem weitere Kriege folgen würden, so mag man ja einwenden, daß dieser Beamte, dessen Pflichtenkreis sich auf das Ministerialwesen beschränkt, in solchen Fragen kein sachmännisches Urteil zu äußern vermag. Er selbst wird solchen Ansprüchen gewiß auch nicht erheben, aber darum bleibt sein Hinweis auf die Zukunft doch wichtig, weil er gerade als Nichtfachmann nur wiederholt haben wird, was sachkundige Beurteiler in vertrauten Gesprächen ihm und andere gesagt haben werden. Die Weltgeschichte braucht sich nicht zu wiederholen, und die Parallele mit den drei punischen Kriegen braucht nicht zu stimmen. Um zu verhüten, daß sie stimmen, dazu eben müssen wir uns entschließen, sicher und insofern werden Hindenburgs Äußerungen einer Ergänzung bedürfen, von der wir auch glauben, daß der Feldmarschall selber sie nicht wird ablehnen wollen. Er hat ja nur die groben Umrisse der Lage bei uns und bei den Feinden gezogen und auf die Ausmalung der vielen Einzelheiten verzichtet, die nicht weniger wichtig sind als die Umrisse selber. So bleibt denn das entscheidende Moment in Kraft, daß wir das Ende des Kampfes aus Eifer über die Schrecken des Krieges wünschen, während die Feinde die Fortdauer des Krieges aus der Furcht vor den Schrecken des Friedens begehren, aus der Furcht vor der Abrechnung mit ihren Völkern, denen sie unerfüllbare Verpflichtungen gemacht haben. Gerade diesen Gegenstand hat Hindenburg ausgezeichnet herausgearbeitet. Seine Kundgebung sagt nichts darüber, wie sich die Kriegslage stellen würde, wenn Amerika am Kriege teilnehmen sollte. Aber, nachdem Hindenburg dem Reichskanzler erklärt hat, „unsere militärische Gesamtlage lasse es zu, alle Folgen des uneingeschränkten Unterseebootskrieges auf uns zu nehmen“, haben wir nach dieser Richtung hin nichts zu befürchten, was uns von der betretenen Bahn abdrängen könnte. Wie soll die vollkommene Rahmung des Schiffsverkehrs von Amerika mit unseren Feinden durch amerikanische Kriegshandlungen geändert werden? Kann die gewaltige englische Kriegsflotte unsere Unterseeboote nicht an ihrer nützlichen Tätigkeit verhindern, so wird es der Eintritt der amerikanischen Flotte auch nicht vermögen. Wasen sich die Handelschiffe der Vereinigten Staaten in das Ertrorgebiet, dann wird es ihnen ergehen wie den anderen Schiffen, die wir dort antreffen. Ob sie kommen, ob sie fernbleiben, für uns ist es jetzt gleich. Wir haben, nachdem Hindenburgs Ansicht bekannt geworden ist, erst recht die Gewissheit, daß wir mit der verstärkten Seekriegführung auf der rechten Bahn sind.

## Die Wirkung des U-Bootskriegs auf die Stimmung der französischen Front.

(Von unserem Kriegsberichterstatter.)

Vor Verdun, am 19. Februar.

Bis vor kurzem haben sich viele französische Gefangene an die Instruktionen gehalten die sie für den Fall der Gefangennahme mitbekommen und insbesondere versucht, ihr scheinbares Vertrauen auf den Endsieg zu setzen zu tragen. Bei den Gefangenen, die in den jetzigen Kämpfen vor Verdun eingebracht worden sind, der Wehrzahl nach besonnene, ältere Leute aus Paris und dessen Umgegend, ist ein bemerkenswerter völliger Stimmungsumschwung festzustellen. Sie gaben sich keine Mühe, ihre Freude darüber zu verbergen, daß der Krieg für sie zu Ende ist, zumal viele von ihnen des Glaubens sind, daß ihre Gefangenschaft nicht allzu lange

dauern werde, da der Krieg in absehbarer Zeit aus- gehen müsse. Aber im Gegensatz zu den Gefangenen aus der Schlacht von Somme, die noch von der Beschämung Deutschlands prahlen, denkt von diesen Franzosen keiner mehr an die Möglichkeit eines Sieges der Entente. Sie glauben auch nicht mehr an die „Aushungerung“ Deutschlands. Viele würde nach ihrer Meinung für Frankreich ein größeres Unglück sein, da Hindenburg der Mann sei der wohl zuerst den letzten Franzosen in dem besetzten Nord- und Ostfrankreich verhungern ließe, ehe er zugäbe, daß einer seiner deutschen Landsleute Hungers sterbe. In Frankreich sei auch alles teuer und knapp, und jetzt werde wohl England das erste Land sein, das den Hungergürt umschnallen müsse.

Befragt wegen der großen neuen Offensive, von der die französischen Zeitungen so viel reden, sagten die Franzosen, diese Offensive werde, wenn sie komme, wohl ebenso ausfallen wie die früheren, oder schlimmer, denn früher hätte England helfen können. Was aber solle jetzt aus Frankreich werden, wo England nicht mehr helfen könne, selbst wenn es endlich ernsthaft wolle? Wenn man ihnen sagt, daß zur Entschädigung für den U-Bootskrieg die Entente doch vielleicht die Aussicht habe, Amerika als offenen Verbündeten zu gewinnen, so brechen die französischen Soldaten ebenso wie unsere deutschen Frontwächter in Gelächter aus, nur daß das französische Lachen bitter klingt. Das sei Unsinn, sagen sie, die Vereinigten Staaten seien ja nicht einmal mit Mexiko fertig geworden. An der französischen Front richte eine deutsche Flinte mehr aus als sämtliche Roten des Herrn Wilson. Die Bundesgenossenschaft Amerikas könne den Franzosen nicht ein einziges deutsches Bataillon vom Hals schaffen. „Niemand bei uns an der Front glaubt mehr an den französischen Sieg“, so wiederholten die Gefangenen immer wieder. „Aber eure Offiziere glauben doch daran?“ „Nein, sie glauben nicht mehr, und sie sagen es auch nicht mehr.“ „Wer glaubt denn dann noch in Frankreich an den Sieg?“ Darauf antworten die Gefangenen achselzuckend: „le Gouvernement“, die Regierung. Einer fügte hinzu: „Benigstens sind das die einzigen, die es noch immer zu sagen wagen, weil die es sagen müssen, da sie dafür verantwortlich sind, daß alles so gekommen ist.“

W. Scheuermann, Kriegsberichterstatter.

### Neue Beute unserer U-Boote.

W. T.-B. London, 20. Febr. (Hohdmeldung.) Die Geleiten „Terre“, „Raume“, „Rajcia“ und „Dorotob“ wurden versenkt.

### Fünf norwegische Dampfer versenkt.

W. T.-B. Christiania, 20. Febr. Das Ministerium des Äußern hat Mitteilung über folgende Torpedierungen erhalten: „Torgny“ aus Christiania (784 Tonnen), „Dal Beattie“ aus Kragerø (1927 Tonnen), „Rutenfjell“ aus Christiania (1744 Tonnen), „Cabo“ aus Christiania (1954 Tonnen) und „Juno“ (2416 Tonnen).

### 2 holländische Kohlenfahrzeuge für Las Palmas versenkt.

W. T.-B. Haag, 20. Febr. Der Minister des Äußern erhielt von dem niederländischen Generalkonsul in London ein Telegramm, in welchem die Versenkung der Dampfer „Gomarsum“ (2313 Bruttoregistertonnen) und „Trompenberg“ (1602 Bruttoregistertonnen) bestätigt wird. Beide Schiffe waren mit englischen Kohlenladungen von England nach Las Palmas unterwegs.

### Der Bericht eines norwegischen Kapitäns.

W. T.-B. Kopenhagen, 20. Febr. Der Kapitän Jacobson von dem versenkten norwegischen Biermast-Torpeder „Thor 2“ ist mit seiner Frau und sechsjährigen Tochter hier auf der Durchreise von Deutschland nach Norwegen eingetroffen. Das Schiff war nach einem Bericht des Kapitäns an das Blatt „Politiken“ auf der Reise von Süd-Georgien nach Ouessant mit 14 000 Tonnen Walfischtran. Am 4. Februar wurde es 80 Seemeilen von der irischen Küste versenkt. Die Besatzung, bestehend aus 23 Mann, ging in die Boote und wurde von dem Unterseeboot an die irische Küste geschleppt, wo sie gelandet wurde. Der Kapitän wurde mit Frau und Tochter an Bord des Unterseebootes genommen. Der Aufenthalt dort dauerte acht Tage. Am zweiten Tage ihres Aufenthaltes wurde in der Nähe des Kanals ein großer englischer Dampfer versenkt, der von Amerika mit Munition nach Frankreich unterwegs war. Die Explosion war so gewaltig,

daß das Meer in weitem Umkreis in Aufruhr geriet und das Unterseeboot beschädigt wurde. In der Nordsee wurde ein holländischer Fischdampfer angehalten, der sich mit einer englischen Patrouille von 4 Mann, darunter einem Offizier, auf der Reise nach England befand. Der Offizier wurde gefangen genommen. Das Schiff und die 3 Matrosen wurden freigegeben und später noch ein englischer Fischdampfer versenkt. Der Kapitän mit Familie wurde in Helgoland gelandet und trat dann über Wilhelmshaven-Hamburg die Heimreise an. Die Behandlung an Land war gut, die Verpflegung ebenfalls gut und reichlich. Der Kommandant schenkte der Tochter mehrere kleine Gegenstände zur Erinnerung an die Fahrt. Das versenkte Schiff hatte einen Wert von 1 1/2 Millionen, die Ladung einen solchen von 2 Millionen Kronen.

### Der ganze Schiffsahrtverkehr Dänemarks eingestellt.

Br. Basel, 21. Febr. (Fig. Drahtbericht. ab.) Wie der diesigen „Nationalztg.“ aus Kopenhagen gedruckt wird, ist der ganze Schiffsahrtverkehr Dänemarks sowohl mit den heimischen als den ausländischen Häfen eingestellt. Die fünf Organisationen der Seeleute knüpfen sehr hohe Bedingungen an ihre Bereitwilligkeit, sich unter den jetzigen lebensgefährlichen Umständen für Seereisen anzuwerben zu lassen. An der Weigerung der Reederei, das Leben der Seeleute hoch zu versichern, sind die Verhandlungen gescheitert.

### Die Geheimhaltung der Versenkungen durch die englische Admiralität.

W. T.-B. Rotterdam, 21. Febr. Der Parlamentssekretär der Admiralität MacNamora sagte im Unterhaus in Beantwortung einer Anfrage, ob gewisse Schiffe, die als verloren gemeldet wurden, durch U-Boote versenkt worden seien, daß es nicht die Politik der Regierung sei, mitzuteilen, wie und ob Schiffe in den Grund gebohrt wurden. Beides würde für den Feind von Wert sein. Wenn ein Schiff versenkt oder beschädigt werde, so werde der Verlust den Reedern und dem Lloyd mitgeteilt. Wenn gemeldet würde, daß Schiffe von U-Booten versenkt worden seien, so geschähe das nicht auf Grund von amtlichen Berichten.

### Die Lahmlegung des italienischen Schiffsverkehrs und der Kohleneinfuhr.

Br. Lugano, 21. Febr. (ab.) Die italienischen Handelsblätter haben seit vierzehn Tagen ausgehört, die Berichte über die Ein- und Ausfahrt der Schiffe in den italienischen Häfen zu veröffentlichen. Der Kohleimport in Genoa habe gänzlich aufgehört und die Lager seien gänzlich geräumt.

### Der sichtlich tiefe Eindruck unserer Unterseeboot-Erfolge in Holland.

„Deutschland erreicht seinen Zweck, wenn der gegenwärtige Zustand anhält!“

W. T.-B. Berlin, 20. Febr. Die erfolgreiche Durchführung des Unterseebootkrieges fängt an, auch in den Kreisen, die ihm ursprünglich einigermassen skeptisch gegenüberstanden, in ihrer wirklichen Bedeutung gewürdigt zu werden. So steht die gesamte niederländische Presse sichtlich unter dem Eindruck des bisher bereits Erreichten. Selbst deutschfeindliche Politiker, wie Prof. Kernkamp in der Wochenschrift „De Amsterdams“, erkennen an, daß der Unterseebootkrieg keine Verzweigungstat ist, daß eine große Anzahl von Schiffen der Alliierten versenkt worden ist und daß die neutrale Schifffahrt nahezu stillliegt. Das „Allgemeine Handelsblatt“ schreibt: Deutschland erreicht seinen Zweck, wenn der gegenwärtige Zustand anhält, da Englands Schiffe allein für die Zufuhr von Lebensmitteln und Munition nicht ausreichen. „De Reederlander“ sagt: Deutschland erzielt durch die einfache Ankündigung verbotener Fahrten ohne Torpedoschuß ein bedeutendes Resultat. Der „Nieuwe Courant“ hebt hervor, daß sich der Unterseebootkrieg hauptsächlich gegen die bewaffnete Handelsflotte richtet, also Kriegsflotte kämpft.

### Eine einsichtsvolle französische Stimme über die Seesperre.

„Unsere Handelsflotte schmilzt zusammen.“ (Drahtbericht unseres Kr.-Sonderberichterstatters.)

Kr. Genf, 21. Febr. (ab.) Deputierter Garrap schreibt in einem Leitartikel des „Matin“ die Folgen der Seesperre als unheilvoll. Wirklicher Optimismus wäre schädlich. Die bisherigen offiziellen Ruffern, die nur auf geringe Verluste schließen ließen, seien trügerisch. Die Lauchboote verankerten mit diabolischem Instinkt leere oder mit wertlosen Waren beladene Schiffe. Sie versenkten nur Ladungen von Kohlen, Getreide, Munition und Eisen. Ohne übertriebenen Pessimismus müsse zugestanden werden, daß die Lauchboote größten Schaden

anrichteten. „Unsere Handelsflotte schmilzt zusammen.“ heißt es weiter in dem Artikel, und der Arbeiterhilfsband auf Frankreichs Befestigung vermindert, Erfolg zu schaffen.“ Nur größte Energie und Wunder der Organisation könnten Frankreich helfen, die schweren Stunden zu überwinden.

### Wilson's Vorbereitungen.

Br. Lugano, 21. Febr. (ab.) Der „Corriere della Sera“ meldet aus London vom 19. Februar, mittags: Wilson hatte am Samstag eine lange Unterredung mit den Führern der demokratischen Partei des Senats. Es wurde beschlossen, die Politik Wilsons zu unterstützen und dem Kongreß vor dessen am 4. März erfolgendem Schluß eine Tagesordnung zur Annahme zu unterbreiten, welche Wilson bevollmächtigt, die bewaffnete Macht der Vereinigten Staaten zum Schutze des Lebens und Eigentums der amerikanischen Bürger zu gebrauchen, und zu diesem Zwecke einen Kredit von 50 Mill. Dollar zu gewähren. Der Beschluß wird dahin gedeutet, daß während der nächsten Wochen bis zum Schluß der Parlamentsarbeiten keine entscheidenden Ereignisse zu erwarten sind, da sich Wilson sonst keine Vollmacht zu Entscheidungen, die nach Schluß des Parlaments zu treffen sind, geben lassen würde.

### Militärische Maßnahmen der Union.

W. T.-B. Bern, 21. Febr. Die Agentur Radio meldet aus Washington, die Schiffsahrtskommandanten hätten genaue neue Instruktionen bezüglich einiger Häfen, deren Zufahrtstraßen durch Minen gesperrt wurden, erhalten.

### Schutz des New Yorker Hafens gegen deutsche U-Boote!

Berlin, 21. Febr. Nach verschiedenen Blättern soll der New Yorker Hafen mit Mienen versehen worden sein, die nach ins Meer versenkt werden sollen.

### Schärfere Kontrolle der Ausländer in der Union.

W. T.-B. London, 20. Febr. „Daily Telegraph“ meldet aus New York: Der Kongreß wird diese Woche einen Gesetzentwurf erledigen, nach dem die Ausländer in den Vereinigten Staaten verpflichtet werden sollen, ihren Verastungszugeben und zu erklären, ob sie sich naturalisieren lassen wollen oder nicht. Die Ausländer werden ihre Photographie im Postamt desjenigen Ortes, in dem sie sich aufhalten, abgeben müssen.

Br. Rotterdam, 21. Febr. (Fig. Drahtbericht. ab.) Man rechnet damit, daß 80 Prozent der Ausländer der Vereinigten Staaten vollkommen treu sind und im Kriegsfall genau wie die anderen Bürger Dienst im Heere nehmen werden. Die übrigen 20 Prozent würden voraussichtlich eine abwartende Haltung einnehmen.

### Die Stimmung in Amerika.

W. T.-B. New York, 20. Febr. (Drahtbericht. Kumpf- spruch des Vertreters des W. L.-B., verspottet eingetroffen.) Eine Meldung der „Associated Press“ aus Washington besagt, daß die Beamten des Staatsdepartements erklären, sie hoffen noch immer, daß der Bruch mit Österreich-Ungarn vermieden werden könne, aber sie geben zu, daß die neuesten Anzeichen dagegen sprechen. Nachrichten aus Washington stellen die große Genugtuung über die Meldung fest, daß Deutschland beschloß, dem amerikanischen Hilfsauschuß zu gestatten, die Arbeit in Belgien und Nordfrankreich fortzusetzen. Die Zeitungsangriffe gegen die Deutsch-Amerikaner haben erkennbar abgenommen; selbst Blätter, die auf Seiten der Alliierten stehen, schließen sich bisher der neutralen Presse in der Anerkennung der schwierigen Lage der Bürger deutscher Abstammung an.

### Eine Rede Lansing's.

Br. Bern, 21. Febr. (ab.) Aus New York wird gemeldet: Der amerikanische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Lansing, hat im Verlaufe einer Rede bei einem Bankett in Washington folgende Erklärung abgegeben: Es ist schwierig für uns, nicht zu sehen, daß wir unmittelbar vor dem Krieg stehen. Die amerikanische Regierung wünscht jetzt ebenso wie immer seit Beginn des Krieges den Frieden und bemüht sich, auch mit der ganzen Welt zu Frieden zu leben, solange es ihre Ehre gestattet. Die Stunde der ernststen und tiefsten Überlegung ist gekommen. Jetzt, wo die nationale Ehre, die nationale Größe und die nationale Wohlfahrt auf dem Spiele stehen, muß man Kaltblütigkeit und Reserve zeigen, und man darf sich nicht von natürlichen Impulsen leiten lassen, die sich aus den großen Ereignissen ergeben. Das Land kann sicher sein, daß Wilson gerecht, edel und furchtlos handeln wird, was auch die Zukunft bringen mag. Das Schicksal der Vereinigten Staaten beruht nicht in seinen Händen in Sicherheit. Die nationale Ehre steht nicht in Gefahr.

### Neue Anwerbungsergebnisse.

Berlin, 21. Febr. In New York soll sich bisher keineswegs ein fieberhafter Eifer zeigen, sich bei der Armee und

### Aus Kunst und Leben.

C. K. Robert Vischer. (Zum 70. Geburtstag des Kunstphilosophen, 22. Februar.) Robert Vischer, der Sohn des berühmten Ästhetikers Friedrich Vischer, wurde am 22. Februar in der Universitätsstadt Tübingen geboren, in der sein Vater bekanntlich als akademischer Lehrer wirkte. Robert Vischer studierte in Jülich, Tübingen, Heidelberg, Bonn und München, kämpfte bei den 3. württembergischen Keilern 1870/71 in Frankreich und erwarb sich als fünfundsiebenzigjähriger mit seiner auf fleißigem Studium beruhenden Schrift „Über das optische Formgefühl, ein Beitrag zur Ästhetik“, in Tübingen den philosophischen Doktorgrad. Er hat durch diese Abhandlung, die im Jahre 1878 zu Leipzig im Buchhandel erschienen ist, auf die Entwicklung der neueren psychologischen Ästhetik einen wesentlichen Einfluß gewonnen. Der Begriff des inneren Niterlebens der Form, und zwar auch der an sich loslösenden Form, wurde von ihm zum erstenmal genauer analysiert und die Bezeichnung „Einfühlung“ dafür geprägt, die seitdem zum Allgemeinut der Ästhetik geworden ist. In seiner langjährigen Universitätslaufbahn, die ihn von München nach Breslau, von dort für kurze Zeit an die Technische Hochschule in Aachen und schließlich im Winterhalbjahr 1898 nach Göttingen führte, hat Robert Vischer in hohem Grade sein bedeutendes Begabungsbemühen, sondern auch Männer in Amt und Würden liehen es sich nicht nehmen, seine vorzüglichen Vorlesungen über Kunst und Ästhetik zu hören und die dortselbstige Kraft des Vortragenden

den auf sich einwirken zu lassen. Und wenn die Göttinger Gemälde- und Kupferstichsammlung heute sich hohen Ansehens erfreut, so ist das nicht zuletzt Robert Vischer's Werk, der mit Umsicht und Geschick einen erheblichen Teil seiner Zeit gerade für diese künstlerische Sammlung verwannt hat. Von selbständigen Schriften Vischer's, der gegenwärtig in Wien weilt, sind vor allem nach „Luca Signorelli und die italienische Renaissance“, sowie „Kunstgeschichte und Humanismus“ hervorzuheben, denen sich seine ausgezeichneten „Studien zur Kunstgeschichte“ ebenfalls anschließen. Auf das letzte Werk hat der Verfasser in seiner „Kritik der mittelalterlichen Kunst“ wiederholt zurückgegriffen. In weitesten Kreisen hat seine Schrift „Peter Paul Rubens, ein Vorschau für unzulängliche Kunstfreunde“, Eingang und Anklang gefunden.

### Kleine Chronik.

Theater und Literatur. „Der Frostdiech“, eine Komödie in 5 Akten von Walter Fiersch, fand in München einen stürmischen Erfolg bei der Uraufführung. — Hans Sturm neuerster Schwan! „Die fehle ich meinen Mann“ erzielte bei der Aufführung im Hamburger Deutschen Schauspielhaus einen starken Weitererfolg. — Shakespeares „Wie es euch gefällt“ in der Uebersetzung von Hans Olden, mit der Musik von Artur Roßler, hatte bei der Erstaufführung im Hoftheater von Göttingen einen starken Erfolg. — Am Samstag vollendet Schönherr sein 50. Lebensjahr. Sein schwerstoffiges Temperament hat lange gebraucht, um sich frei zu entfalten. Später ist ein Epäer. Er hat bis um die Vier-

zig warten müssen, bis er bekannt wurde, bis er überhaupt wirklich anfangen, Gutes zu schaffen. Aber dann ward ihm in „Erde“ die Erfüllung, und sein Weg ging rastlos aufwärts zum Gipfel des deutschen Heidenlieds „Woll in Rot“. Seine Gestalt steht heute unberrückbar da. Das Versprechen, das sein erstes Auftreten gab: der Dichter der Heimat zu werden, hat er voll eingelöst. Österreich, das Österreich des Volkes, nicht das der Wiener Kultur, ward durch ihn Ereignis. Hier geht sein Weg weiter, und alles deutet darauf hin, daß er seiner zähen Bauern- und Bergsteignatur beschieden ist, noch zu neuen Höhen Emporzustreigen. — „Madame Legros“, ein Drama aus der französischen Revolutionzeit von Heinrich Mann, errang bei der Uraufführung an den Münchener Kammerspielen einen außerordentlichen Erfolg.

Bildende Kunst und Musik. Max Klinger hat sich der Feier seines 60. Geburtstags entzogen und weilte nicht in Leipzig. Die Hauptarbeit, die Klinger in der letzten Zeit beschäftigt, ist ein für das Chemnitzer Rathaus bestimmtes Monumentalgemälde „Der Triumph der Arbeit“. — Friedrich Adam Desfers Vaterstadt Prettburg hat anlässlich des 200. Geburtstags des berühmten Malers und Bildhauers an dessen Geburtshaus eine Gedenktafel anbringen lassen. — In Wien ist der Restor der dortigen Maler, ein Mitbegründer des Künstlerhauses, der Historienmaler Ludwig Mager, im 83. Lebensjahr gestorben. — Otto Brädevald, der Erbauer des Bayreuther Festspielhauses, ist, wie aus Leipzig gemeldet wird, gestorben. — Pietro Mascagni hat eine neue Oper „Lodoletta“ vollendet. Sie wird ihre Uraufführung in der Mailänder „Scala“ erleben.



**Wiesbadener  
Bestattungs-Institut**  
Gebr. Heugebauer  
Dampf-Schreineri.  
Gebr. 1856. 9  
Telephon 411.  
**Sargmagazin und Büro**  
Schwalbacherstr. 36.  
Lieferanten des Vereins  
für Feuerbestattung.  
Übernahme von Über-  
führungen von und nach aus-  
wärts mit eig. Leichenwagen.

**Krieger- und  
Militärverein**  
Von dem Ableben unseres  
Kameraden F 407  
**Reinhold Gappel**  
sehen wir die Mitglieder  
hiermit in Kenntnis. Die  
Beerdigung findet statt am  
Donnerstag, den 22. Febr.,  
nachm. 3 $\frac{1}{2}$  Uhr auf dem  
Südfriedhof. Zusammen-  
kunft um 2 $\frac{1}{2}$  Uhr davor.  
Um zahlreiche Beteiligung er-  
sucht Der Vorstand.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise  
wohlwunder Teilnahme bei  
dem Hinscheiden meiner  
innigstgeliebten Frau, unserer  
teuren, unvergehl. Mutter,  
**Frau**  
**Wilhelmine Glibrich,**  
sagen wir auf diesem Wege  
unsern herzlichsten Dank.  
Besonderen Dank Herrn  
Pastor Dr. Schloffer für  
die trostreichen Worte.  
Im Namen der tief-  
trauernden Hinterbliebenen:  
**Familie Wih. Glibrich,**  
Bismarck-Ring 41.  
Wiesbaden, im Febr. 1917.

**Harte Haut. Pedicorn** hilft über Nacht.  
In harten Fällen  
3-4 Nächte. Erfolg garantiert. Nach-  
ahmungen weise zurück. Niederlage:  
Schützenhof-Apothek, Langgasse 11.

**Dauer-Batterien** unerreichte  
Brenndauer.  
**Flack, Luisenstrasse 46, neben Residenz-Theater.** 175

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mit-  
teilung, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, meinen  
lieben Mann, un'ern treuzorgenden Vater, Großvater, Schwieger-  
vater, Bruder, Schwager und Onkel,

**Andreas Reiningger**

Herrensneider,

zu sich in ein besseres Jenseits abzurufen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Wiesbaden, den 20. Februar 1917.

Die Beerdigung findet Freitag nachm. 3 $\frac{1}{2}$  Uhr von der  
Leichenhalle des Südfriedhofs aus statt.



**Statt besonderer Anzeige.**

Gestern vormittag erlöste ein sanfter Tod unsere liebe  
Mutter, Schwiegermutter und Großmutter,

**Frau Katharine Kämmerer,**

Wwe.,

im 65. Lebensjahre von ihrem kurzen, schweren Leiden.  
Um stille Teilnahme bitten

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

**Familien Karl Haber u. Frh. Seel.**

Sonnenberg, Kaiserslautern, Mannheim, Pflingen.  
Parkweg 4.

Die Beerdigung findet vom Leichenhause in Sonnenberg am  
Freitagmittag um 2 Uhr statt.  
Von Beileidsbesuchen bittet man abzuweichen.

**Statt besonderer Anzeige.**

Heute verschied nach kurzem Kranksein mein innigstgeliebter Mann, unser liebe-  
Schwager und Onkel,

Postdirektor a. D.

**Otto Wendt.**

Im Namen der Hinterbliebenen:

**Auguste Wendt, geb. Traegel.**

Wiesbaden, den 21. Februar 1917.

Die Trauerfeier findet Samstag, den 24. d. Mts., vorm. 10 Uhr, im Hause Adel-  
heidstrasse 105, statt, die Einäscherung in aller Stille.

Blumen- und Kranzspenden im Sinne des Verstorbenen dankend abgelehnt.

**Statt besonderer Anzeige.**

Heute verschied unsere innigstgeliebte, teure Mutter, Schwiegermutter  
und Großmutter

**Frau Charlotte Gaede**

geb. Schubert

im 70. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

**August Gaede.**

Sonnenberg, Wiesbaden, Frankfurt, den 20. Februar 1917.

(Wiesbadener Str. 30.)

Die Feuerbestattung findet Donnerstag, den 22. Februar, vormittags  
11 Uhr, in Mainz statt.



**Eodes-Anzeige.**

Es ist bestimmt in Gottes Rat,  
Daß man vom liebsten was man hat,  
Ruh' scheiden!

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerz-  
liche Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, der treu-  
besorgte Vater meiner Kinder, mein einziger geliebter Sohn  
und Bruder, Schwiegerohn, Schwager, Onkel und Neffe,

**Herr Eduard Wengandt,**

Restaurateur,

nach 31 monatlicher treuester Pflichterfüllung, infolge schwerer  
Verwundung bei Ausübung seines Berufs als Sanitätler, im  
vollendeten 39. Lebensjahr den Heldentod fürs Vaterland  
gestorben ist.

In tiefer Trauer:

**Frau Ernestine Wengandt Wwe.,**

geb. Spriestersbach, und Kinder

Kettelbedstraße 26, I I.

Wiesbaden, Sprendlingen, Rheinl.,  
Erbach i. Rheingau.

Montag abend 9 $\frac{1}{4}$  Uhr entschlief nach längerem Leiden,  
doch plötzlich und unerwartet, unser lieber Vater,

**Herr Jakob Ludwig,**

im 54. Lebensjahre.

Die trauernden Geschwister:

**Susanne, Lina,  
Luise, Elisabeth.**

Wiesbaden, 19. Februar 1917.

Drudenstr. 4.

Beerdigung: Donnerstag nachm. 2 $\frac{1}{2}$  Uhr Südfriedhof.

Heute nacht verschied nach kurzem, schwerem Krankenlager  
mein geliebter, guter Mann, unser lieber Sohn, Schwieger-  
ohn, Bruder, Schwager und Onkel,

**Herr Ludwig Stern,**

im Alter von 44 Jahren.

Im Namen aller Hinterbliebenen:

**Frau Clara Stern, geb. Saehr.**

Wiesbaden (Rüdesb. Str. 28, 1), 20. Febr. 1917.

Einäscherung: Donnerstag 3 Uhr Rainzer Krematorium. —  
Besuche und Blumen dankend verbeten.

Am 19. d. Mts. verschied nach schwerem Leiden unser  
langjähriger erster Kellermeister

**Herr D. Westermeyer.**

Wir verlieren in ihm einen unserer besten Mitarbeiter,  
der bei eisernem Fleiß und voller Gewissenhaftigkeit stets ein  
Vorbild treuester Pflichterfüllung war. 187

Wir werden ihm ein gutes Gedenken bewahren.

**Joh. Bapt. Sturm**

G. m. b. H.

Rüdesheim a. Rh.

Es hat Gott gefallen, unsere liebe Schwester, Schwägerin  
und Tante

**Fräulein Marie Raven**

am 16. d. Mts. im 66. Lebensjahre abzurufen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Wiesbaden und Neuenhain,

den 21. Februar 1917.

Platte anwerben zu lassen. Trotz leidenschaftlicher öffentlicher Aufrufe hätten sich in der vergangenen Woche im Bezirk New York nur 22 Mann gemeldet.

„Etwas bessere“ Gestaltung der deutsch-amerikanischen Beziehungen?

Der störende Güterverkehr.

W. T.-B. Köln, 20. Febr. Die „Köln. Zig.“ erhält von ihrem amerikanischen Beichtstatter Barthelms einen Funkspruch aus New York vom 15. Februar, wonach sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen anscheinend etwas besser als erwartet wurde, entwickelten. Der Funkspruch befaßt sich mit der Verstopfung des Güterverkehrs in den Handelszentren. Die Dinge nähern sich der Krisis. Man drängt die Regierung, das Ausfahren der Schiffe zu gestatten. Man glaubt, der österreichische Votschaffer Graf Tarnowski werde fürs erste nicht heimgeschickt, da der Fall Österreichs nicht genau so liegt wie derjenige Deutschlands. Es sei jedoch möglich, daß man auch ihn wieder der erregten Volksstimmung zum Opfer bringe. Die „Köln. Zig.“ betrachtet dieses Telegramm als einen Beweis, daß die von der Agentur Radio verbreitete Meldung vom 15. Februar über die Ausweisung von Barthelms zu den vielen Schwindelnachrichten gehört, mit welchen sich die französisch-englische Presse bemüht, die Klüft zwischen Deutschland und Amerika zu vertiefen.

Die amerikanische Denkschrift an Österreich-Ungarn.

W. T.-B. Wien, 19. Febr. (Wiener A. u. R. Teleg.-Korresp.-Büro.) Das heute dem hiesigen Votschaffer der Vereinigten Staaten von Amerika im Ministerium des Äußern überreichte Memorandum enthält zunächst die Feststellung, daß die im Falle des Dampfers „Ancona“ erteilte und gelegentlich der Erörterung des Falles der „Persia“ erneuerte Zusicherung der A. u. R. Regierung in allen wesentlichen Beziehungen die ist wie die in der Note der Kaiserlich deutschen Regierung vom 1. Mai 1916 enthaltene, welche lautet: „In Beobachtung der allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze über die Anhaltung, Durchsuchung und Zerstörung von Handelsschiffen werden solche Schiffe weder inner- noch außerhalb des als Seekriegsgebiet erklärten Teiles des Meeres ohne Warnung und ohne Rettung der Menschenleben versenkt werden, es sei denn, daß diese Schiffe zu fliehen oder Widerstand zu leisten versuchen.“ Diese Zusicherung — so wird bemerkt — sei durch die Erklärungen der österreichisch-ungarischen Regierung vom 10. Februar 1916 und vom 3. Januar 1917 mehr oder weniger abgeändert worden ist. Es heißt dann am Schluß der Note:

„Da infolgedessen die Regierung der Vereinigten Staaten über die Deutung Zweifel hegt, welche diesen Erklärungen, insbesondere der letzteren, beizulegen ist, wünscht sie, endgültig und klar darüber unterrichtet zu werden, welchen Standpunkt die A. u. R. Regierung unter diesen Umständen hinsichtlich der Führung des Unterseebootkriegs einnimmt, und ob die in den Fällen der „Ancona“ und „Persia“ erteilte Zusicherung als abgeändert oder zurückgezogen anzusehen ist.“

Wie das Wiener A. u. R. Teleg.-Korresp.-Bureau hierzu erzählt, wird im Ministerium des Äußern vom völkerrechtlichen Standpunkt aus der sachliche Inhalt dieses Memorandums einer eingehenden Prüfung unterzogen und sodann der Beantwortung zugeführt werden.

Mexikos unangenehme Aufforderung an Amerika.

W. T.-B. Washington, 21. Febr. (Drohbericht. Reuter.) Lansing beantwortete die Note des Präsidenten von Mexiko Carranza, der die Einstellung der Munitionsausfuhr von Amerika zu den kriegsführenden Vorgesetzten hatte, durch eine bloße Bestätigung des Empfangs der Mitteilung.

Ein Protest Amerikas gegen die Beschlagnahme fremden Bergwerkseigentums in Mexiko.

W. T.-B. Washington, 20. Febr. (Reuter.) Das Staatsdepartement wurde in Kenntnis gesetzt, daß der amerikanische Votschaffer Fletcher in Mexiko eingetroffen ist. Eine seiner ersten Amtshandlungen wird sein, gegen die von Carranza beabsichtigte Beschlagnahme der den Ausländern gehörigen Bergwerke, die am 14. Februar nicht im Betrieb waren, zu protestieren. Wie kürzlich durch die Verordnung des Präsidenten angeordnet wurde.

Der amerikanische Befehlshaber an der mexikanischen Grenze plötzlich gestorben.

W. T.-B. San Antonio (Texas), 20. Febr. (Reuter.) General Funktion, der die amerikanischen Truppen an der mexikanischen Grenze befehligt, ist plötzlich gestorben.

Der Ankauf Dänisch-Westindiens durch Amerika.

W. T.-B. Washington, 20. Febr. (Reuter.) Das Repräsentantenhaus hat den Gesetzentwurf, betreffend den Ankauf von Dänisch-Westindien für 25 Millionen Dollar, durch Aufheben der Vände angenommen. Man glaubt, daß der Senat die Vorlage in einigen Tagen ebenfalls annehmen wird.

Bonar Laws törichte Antwort an die englischen Friedensfreunde.

W. T.-B. London, 21. Febr. (Drohbericht. Meldung des Reuterschen Büreaus.) Bonar Law antwortete im Unterhaus auf die Reden einiger pazifistischen Abgeordneten. Die zu Friedensverhandlungen drängten und sagte: Der beste Beweis für unseren Wunsch nach Freiheit und Unabhängigkeit war, daß das Haus Ihnen schweigend zuhörte. Zur Friedensfrage erklärte er: Wir hatten uns zu fragen, ob es irgend ein anderes Mittel gäbe, durch welches wir die Freiheit erlangen könnten, außer dem, daß wir für sie kämpfen. Bonar Law fügte weiter aus, er habe im gegenwärtigen Augenblick keine Möglichkeit gesehen, den Frieden zu sichern, außer denn dadurch, daß man für ihn kämpfe. Er könne nicht die Beweggründe der Redner einsehen, die man jetzt gehört habe. Er sagte, die Pazifisten hätten etwas an unseren Friedensbedingungen auszusetzen, aber wie steht es mit den Friedensbedingungen unserer Feinde? Wir

haben unsere Friedensbedingungen, die ich nicht für weltgebend halte, festgesetzt. Deutschland wurde vom Präsidenten Wilson aufgefordert oder zum mindesten eingeladen, die feineren endgültig mitzuteilen; aber es hat es nicht getan. Die Bedingungen Deutschlands gründen sich klar auf den deutschen Sieg, der die Betonung der deutschen Maschine bedeutet, was die Welt jederzeit alle den Greueln aussetzen würde, unter denen sie jetzt leidet. Gibt es irgend ein menschliches Wesen, das jetzt zweifeln könnte, daß die Deutschen nach dem Grundgesetz handeln, den Krieg nicht bloß durch die Bekämpfung der feindlichen Streitmacht zu gewinnen, sondern durch die Terrorisierung der Zivilbevölkerung und der neutralen Länder? In ihrer Rechtfertigung des Unterseebootkriegs sagen die Deutschen, es sei Pflicht gegenüber der Menschlichkeit, das schnellste Mittel, selbst wenn es ein grausames wäre, zu gebrauchen, um den Krieg zu beenden. Deutschlands Menschlichkeit und Gerechtigkeit sind eins- und dasselbe. Wir kämpfen nicht für Gebietszuwachs oder gar, um einen ruhmreichen Sieg sicherzustellen, der das Ansehen unserer Waffen spiegeln würde, sondern wir kämpfen dafür, der Gasse, die dieses Verbrechen begangen hat, beizubringen, daß diese sich nicht bezahlt machen. Bonar Law erklärte, er könne nicht die Kriegsdiktation in dem gegenwärtigen Augenblick verstehen, in dem die größte neutrale Nation selbst erkannt habe, daß ein Unterschied zwischen Recht und Unrecht bestehe, und selbst einfaß, daß die Ausreden bis zu einem gewissen Grad gebrochen seien, die sie jedem Neutralen als unerträglich erscheinen ließen.

Friedensstimmen im englischen Unterhaus.

(wiederholt unseres U-Sonderberichterstatters.) U. Rotterdam, 21. Febr. (H.) Aus London meldet der „Nieuwe Rotterdamse Courant“: Im Unterhaus übten die Abgeordneten Bonar Law und Trevelyan starke Kritik an den Ententebedingungen, die in der Antwort auf die Friedensnote Wilsons enthalten waren und die der Verhütung widersprächen, die Beweggründe der Alliierten wären „selbstlos“. England, das den Krieg begann zum Schutze der kleinen Völker, sollte ihn nicht fortsetzen, um große Reiche noch weiter auszudehnen. Die beiden Redner drückten ihren Zweifel aus, ob nicht die kommenden Schlächte eine Enttäuschung bringen werden und befürworteten Friedensverhandlungen. Der Regierungsvertreter wies einer bestimmten Antwort aus.

Die Lage im Westen.

Französische Beunruhigung über eine große deutsche Offensive.

Br. Genf, 21. Febr. (H.) Der erfolgreiche Vorstoß der Kronprinzen-Armee hat eine nicht zu verbergende Unruhe hervorgerufen, inwieweit die amtliche Berichterstattung ihn als harmlos hinzustellen sucht. Am deutlichsten kommt die Sorge um das Ungewisse an der deutschen Westfront in Urteilen der Militärkritiker zum Ausdruck. Zwar bemüht sich die Wehrmacht, die Leser damit zu beruhigen, daß sie dem deutschen Vorstoß nur örtliche Bedeutung zuschreiben. Tagesgen meinen andere Sachverständige, jedenfalls seien Vorsicht, Aufmerksamkeit und höchste Steigerung der Materialversorgung geboten, ohne sich vom Feinde das Gesetz des Handels verschreiben zu lassen, sondern ihn zuzurückzuführen. Am sorgfältigsten blüht Herbe in die Zukunft. Für ihn steht es außer Zweifel, daß eine suchbare deutsche Offensive bevorstehe, und zwar aller Wahrscheinlichkeit nach in der Champagne. Ein deutscher Erfolg würde zu einem Zusammenbruch der ganzen französischen Westfront führen.

Die schändliche Behandlung der deutschen Gefangenen.

Berlin, 21. Febr. Wie die „Nordd. Allg. Zig.“ schreibt, häufen sich die amtlichen Feststellungen, daß die systematischen schamlosen Mißhandlungen deutscher Kriegsgefangener in Frankreich und seinen Kolonien schon seit vielen Monaten und sogar auf Befehl höherer und höchster Kommandostellen fortgesetzt werden. Einen neuen Beweis dafür bieten die eidlischen Aussagen eines aus französischer Gefangenschaft entkommenen Unteroffiziers, der bei Verdun in die Hände von Senegalnegern der marokkanischen Division gefallen war. Den deutschen Kriegsgefangenen wurde erklärt, diese Division habe das ausdrückliche Recht zur Plünderung der Gefangenen. Erst anderthalb Tage nach der Gefangennahme bekamen die Deutschen das erste Essen, und zwar für jeden Mann ein Viertel trockenes Weißbrot.

Französische Sorgen und Selbsttäuschungen.

W. T.-B. Bern, 20. Febr. Während die meisten französischen Blätter fortfahren, auf Grund der Statistik über den Schiffverkehr in den französischen Häfen die Unterseebootgefahr als gering hinzustellen, schreibt „Petit Parisien“ am Schluß eines langen Artikels über die verschiedenen Mittel der Unterseeboot-Bekämpfung: Die Unterseebootgefahr bleibt trotzdem ernst. Die öffentliche Meinung, die besorgt ist, muß beruhigt oder wenigstens unterrichtet werden. — Im „Matin“ führt der Abgeordnete Sarat, Sekretär der Kriegsmarinekommission, aus, die vom Marineminister erteilte Verlustzahl sei irreführend, da die Deutschen hauptsächlich Getreide, Kohle, Kriegsmaterial und Stahl versenkten. Auch bezüglich der angeblich geringen Zahl der Unterseeboot- und der Schwierigkeit ihrer Versorgung fragt Sarat, ob sich nicht die Offiziellen und Effiziosen zu großen Selbsttäuschungen hingeben. Es wäre verwegen, in den jüngsten Drohungen nur einen bluff zu sehen.

Die großen Wirtschaftsschwierigkeiten. Der Sieg nur durch Waffenmacht, nicht durch Deutschlands Aushungerung.

W. T.-B. Bern, 20. Febr. Die Wirtschaftssorgen bilden den Hauptgesprächsstoff der französischen Presse. Das Rationierungssystem für Zucker, teilweise auch für Kohle und auch die sonstigen irrationellen Maßnahmen der Regierung geben den meisten Blättern Anlaß zu scharfen Ausfällen. Bezeichnend ist ein Artikel des „Temps“, der ausführt, die Regierung dürfe sich nicht auf die Nachgiebigkeit der Bevölkerung verlassen, die sich jenen Männern gegenüber nicht nachsichtig zeigen werde, die Frauen, Kinder und Kran-

ken unnötigerweise Mariern auferlegen. Es ist allemal leicht, mit dem Belagerungsstand und der Jamsur zu regieren. Aber man müsse erzeugen und organisieren.

Auch die Blätter „Information“, „Petit Journal“ und „L'Ouvre“ fordern die Regierung dringlich auf, besonders für die Getreideversorgung schnelle Maßnahmen zu treffen, andererseits warnt der größte Teil der Presse davor, die Nahrungsschwierigkeiten Deutschlands zu überschätzen.

„L'Heure“ weist spöttisch darauf hin, daß die große Boulevardpresse bereits vor zwei Jahren den Zusammenbruch Deutschlands infolge Hungersnot laut verkündet habe.

„Intransigent“ und „Echo de Paris“ schließen sich dieser Ansicht an. „Figaro“ schreibt:

Hüten wir uns, den Hunger als Faktor bei der Voraussage des Kriegsendes einzusetzen. Wir müssen handeln, als ob Deutschland die gegenwärtige Lage noch auf unendlich lange Zeit ertragen könnte. Wir dürfen nur damit rechnen, den Sieg durch Waffengewalt zu erringen.

„Intransigent“ sagt: Wir dürfen nur auf uns zählen, und müssen deshalb alle wirtschaftliche Kraft zusammenraffen, damit wir ohne allzu große Leiden durchhalten können.

W. T.-B. Bern, 21. Febr. Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Krise besprochen mehrere französische Blätter die Folgen des U-Bootkriegs. „Humanité“ führt aus, die hauptsächlichste Ursache der gegenwärtigen Kohlenkrise sei die Wiederaufnahme des U-Bootkriegs. Der Schiffsraumverlust habe zwei ernste Folgen: Erstens vollständige Störung und schwere Schädigung der Schifffahrt, zweitens Steigen der Frachtkosten und Versicherungsprämien, durch welche indirekt wieder eine Lähmung der Schifffahrt verursacht werde.

Der Menschenmangel in Frankreich.

W. T.-B. Bern, 21. Febr. Das von Kammer und Senat angenommene Nachmusterungsgesetz wird im „Homme Enchaîné“ von Clemenceau besprochen, der neben scharfen Ausfällen gegen die Regierung feststellt, daß Maßnahmen, wie die Nachmusterung, eine schwere Schädigung der Landwirtschaft darstellen. Bei Besprechung der Rekrutierung fordert Herbe, daß die Produktionskraft in Industrie und Landwirtschaft bei allen Alliierten gehoben werde. Es sei dies ebenso wichtig wie die militärische Organisation. Herbe spielt indirekt auf den Menschenmangel Frankreichs an, indem er erklärt, je länger der Krieg dauere, desto mehr sei es die Aufgabe der englischen Armee, die Hauptlast zu tragen.

Kohlenferien.

W. T.-B. Bern, 20. Febr. Wegen Kohlenmangels mußten, wie „Matin“ mitteilt, in Montpessier die Schulen geschlossen werden.

Explosion in einer Artilleriewerkstätte.

W. T.-B. Bern, 20. Febr. Laut „Journal des Débats“ hat in den Artilleriewerkstätten von Perpignan (Departement Pyrene) eine Explosion stattgefunden. Fünf Arbeiter sind schwer verletzt worden. In einer Pulverfabrik in Soverec durch hat gleichfalls eine Explosion stattgefunden. Ein Arbeiter ist getötet, fünf sind schwer verletzt worden.

Prezinet schwer erkrankt.

Br. Genf, 20. Febr. (Sig. Drahtbericht. H.) Der frühere französische Kriegsminister Prezinet ist schwer erkrankt und wird nach hier entworfenen Meldungen von seinen Ärzten aufgegeben.

Gerard bei Poincaré.

W. T.-B. Paris, 20. Febr. (Meldung der Agence Havas.) Der frühere amerikanische Votschaffer Gerard wurde am Montagmorgen von Poincaré empfangen und wird am Dienstagabend nach Spanien abreisen.

Der Krieg gegen Italien.

Die große Zahl der italienischen Flüchtlinge und Deserteure.

W. T.-B. Bern, 20. Febr. (Drohbericht.) Der „Corriere della Sera“ behandelt in einer Korrespondenz aus Rom die Lage der zahlreichen italienischen Flüchtlinge, als auch aller jener Italiener, die der Einberufung nicht folgten. Die Zahl dieser Italiener im Ausland sei groß. Man dürfe an dieser Frage nicht vorbeigehen, sondern müsse sie zu lösen suchen, denn Italien könne nicht für immer auf diese Auslands-Italiener verzichten. Sie wird, wie die Korrespondenz vermuten läßt, so groß sein, daß sie für das Wirtschaftsleben Italiens ins Gewicht fällt. Das Auswanderungsgesetz hätte nicht, sagt der Berichterstatter des „Corriere della Sera“ weiter, abschaffen dürfen, daß die Angehörigen dreierthundert Tausender während des Kriegs Italien verlassen, um zu den übrigen ins Ausland überzusiedeln.

Die Ereignisse auf dem Balkan.

Der amtliche bulgarische Bericht.

W. T.-B. Sofia, 21. Febr. (Drohbericht.) Generalstabesbericht. Mazedonische Front: Zwischen Bardar und Doiran'ee lebhafteste Artillerietätigkeit. Gegen 9 Uhr abends steigerte der Feind das Artilleriefener südlich Stojakowo zum Trommelfeuer, das ungefähr eine Stunde anhält. An der übrigen Front schwaches Artilleriefener. Im Bardartale lebhafteste Flieger-tätigkeit. Rumänische Front: Östlich von Tulcea schwaches Feuer der Artillerie und Infanterie und der Maschinengewehre beiderseits des St. Georgsarm's.

Die Lage in Griechenland.

W. T.-B. Bern, 20. Febr. (Drohbericht.) Der Mailänder „Secolo“ meldet aus Athen: Die auf dem Peloponnes befindlichen Offiziere und Soldaten haben keinen Urlaub mehr erhalten. Vier griechischen Dampfern wurde erlaubt, nach Amerika zu gehen und Getreide sowie Kohlen nach Griechenland zu bringen.

Der Krieg der Türkei.

Der amtliche türkische Bericht.

W. T.-B. Konstantinopel, 21. Febr. (Drahtbericht.) Amtlicher Generalstabbericht vom 20. Februar: Tigrisfront: Infanterie- und Maschinengewehrfeuer bei Fellahie. Am folgenden Tag nahm der Feind unsere Stellung bei Fellahie unter heftiges Artilleriefeuer. Sinaifront: Am 5. Februar wurde ein feindliches Flugzeug zum Landen hinter unseren Stellungen gezwungen; das feindliche Flugzeug verbrannte, der Flugzeugführer wurde gefangen genommen. Keine Ereignisse von Bedeutung an den anderen Fronten.

Finanzielles aus der Türkei.

W. T.-B. Konstantinopel, 21. Febr. (Drahtbericht.) Der Senat verhandelte über einen Gesetzentwurf, betreffend das der osmanischen Nationalkreditbank zu gewährende Privilegium von Steuerbefreiungen. Finanzminister Dschawid-Bei begründete den Entwurf in längeren Ausführungen. Er erklärte u. a.: Es ist dem Hause bekannt, daß das Staatsbankprivileg nach der Banque Ottomane zuzieht. Diese wird von den beiden Komitees in Paris und London geleitet, deren Genehmigung für jede Entscheidung notwendig ist. Die Konzession der Banque Ottomane läuft 1923/24 ab. Sobald die Konzession der Banque Ottomane erlischt, wird in Erwägung gezogen werden, ob die Privileg, Staatsbank zu sein, aufrecht erhalten werden soll. Die Banque Ottomane nahm beim Ausbruch des Krieges eine befremdliche Haltung ein. Die hiesigen Direktoren richteten sich bloß nach den Befehlen der Pariser und Londoner Komitees. Beim Eintritt der Türkei in den Krieg verabschiedete die Regierung die englischen und französischen Direktoren und ernannte drei osmanische Direktoren. Die fremden Direktoren verließen die Stadt. Obwohl die Kapitalisten der Bank den feindlichen Staaten gehören, sind die Geschäftsbeziehungen der Bank zur Regierung korrekt. Der Minister kam sodann auf die osmanische Nationalkreditbank zu sprechen und sagte: Nach dem gegenwärtigen Stand bildet die Bank keine Staatsbank. Ihr Statut enthält keine Bestimmung, die das Privileg der Banque Ottomane beeinträchtigen könnte. So lange die Konzession der letzteren fortbauert, wird sie keine Beeinträchtigung erfahren. Die osmanische Nationalkreditbank wird keine Banknoten ausgeben, da dieses Recht ausschließlich der Banque Ottomane zusteht. Das Statut der Nationalkreditbank sieht nicht einmal vor, daß sie Schatzscheine ausgeben könnte. Es ist möglich, daß das Finanzministerium einen Teil des Kapitals übernimmt, in welchem Falle die Regierung an dem Gewinn verhältnismäßig beteiligt sein würde. Der Entwurf wurde darauf unverändert angenommen.

Eine unter tausend Neuterlügen.

W. T.-B. Konstantinopel, 20. Febr. (Drahtbericht.) Nach der von Neuter verbreiteten Washingtoner Depesche vom 16. Februar soll das Stationschiff der amerikanischen Flotte in Konstantinopel „Scorpion“ von den Türken versenkt oder beschlagnahmt worden sein. Da diese Nachricht nur eine unter den tausend Lügen ist, aus deren Erfindung Neuter seit langem ein Gewerbe macht, so treten wir ihr mit keinem nachdrücklichen Bemerkten entgegen.

Der Krieg gegen Portugal.

Rücktritt des portugiesischen Kabinetts.

W. T.-B. Madrid, 20. Febr. Der Korrespondent des „Imparcial“ in Vigo telegraphiert: Die portugiesische Regierung ist zurückgetreten. Der Präsident hat den Rücktritt angenommen.

Eine Huldigung der portugiesischen Kammer für Frankreich und England.

W. T.-B. Lissabon, 20. Febr. (Agence Havas.) Die Kammer hielt zu Ehren Frankreichs eine Sitzung ab. Der Präsident brachte Frankreich und England seine Huldigung dar. Darauf erklärte Alfonso Costa, Portugal sei in Liebe England und den Freunden Frankreichs verbunden. Er wandte sich der Tribüne zu, auf der die Vertreter der alliierten Staaten saßen, und rief aus: „Sie können auf Portugal zählen, auf seine Anstrengungen und Opfer.“

Schweizerische Anerkennung der deutschen Tätigkeit in Ostafrika.

„Ganz ohne Zweifel muß Deutschland seine Kolonien wieder haben.“

Nachdem erst vor kurzem die „Times“ den deutschen Truppen in Ostafrika und ihrem genialen Führer, Oberst v. Lettow-Vorbeck, ein Loblied gesungen haben, hat nun auch in den „Neuen Züricher Nachrichten“ vom 12. Februar ein Neutraler das Wort ergriffen. Während aber der Beweggrund für das englische Lob wohl hauptsächlich in dem Streben zu erblicken ist, einen Entschuldigungsgrund für die lange Dauer des ostafrikanischen Feldzugs zu finden, spricht aus den Worten des Schweizer Ostafrikareisenden der „Neuen Züricher Nachrichten“ eheliche Anerkennung deutscher Tüchtigkeit. „Mit einem Wortschwall“, so beginnt er seine Ausführungen, „berichten die englischen Kolonialnachrichten, daß in Anbetracht der günstigen Kriegslage drinnen in Ostafrika der Oberbefehlshaber Smuts an der Konferenz der Kolonien in England teilnehmen könne. Ob sich der General nicht schämt, wenn er den Satz vom glänzenden Stand der ostafrikanischen Kriegsdoperationen liest? Volle zwei Jahre und darüber kämpfen nach wohlunterrichteten Berichten 60000 Mann (in Wirklichkeit dürften es noch weit mehr gewesen sein!) gegen die kleine deutsche Schutztruppe.“ Nach einer eingehenden Gegenüberstellung der beiderseitigen Nachmittelschilber der Schweizer Reichertshäuser alsdann den Verlauf der Kämpfe, über die seitens des Kolonialamts von Zeit zu Zeit berichtet wurde, und worüber in den nächsten Tagen eine umfangreiche amtliche Mitteilung erscheinen wird. Der Schweizer Ostafrikareisende gibt alsdann ein Bild des herrlichen deutsch-ostafrikanischen Landes und bedauert, daß dieses Land trotz seiner günstigen Verhältnisse seither nicht mehr von Deutschen, deren Tüchtigkeit als Kolonisatoren er anerkennt, besiedelt worden sei. „Ganz ohne Zwei-

fel“, heißt es in dem Artikel der „Neuen Züricher Nachrichten“, muß Deutschland seine Kolonien wieder haben, und daß das Wiederbekommen etwas leichter geht, dafür haben die Helden in Deutsch-Ostafrika gesorgt. Auch folgender Satz ist bemerkenswert: Kommt da mancher aus englischen Ländern und rühmt die englische Kolonialpolitik. Zugegeben. Vieles ist sehr nachahmenswert. Aber daß der Regier trotz der sogenannten deutscher Strenge so treu und tapfer zum Herrschenden hält (wie in Deutsch-Ostafrika), sagt auch vieles. Indien und selbst die Länder im Osten Afrikas sprechen nicht eine besonders günstige Sprache für England.“

Südafrika im Dienste Englands.

W. T.-B. London, 20. Febr. (Drahtbericht.) Reuters meldet aus Kapstadt: Dem Vernehmen nach wird die Regierung von Südafrika von dem Parlament weitere Mittel für Kriegszwecke verlangen. Die Finanzlage sei gesund und erfordere keine neue Besteuerung. Bei der Eröffnung des südafrikanischen Parlaments sprach der Generalgouverneur Lord Duxton die Erwartung aus, daß das südafrikanische Kontingent in Europa nicht nur in seiner vollen Stärke aufrecht erhalten, sondern sogar vermehrt werden würde. Die Regierung stelle andauernd so viel Freiwillige als möglich für den Krieg übersee ein. Auch in anderer Hinsicht gewähre sie der Reichsregierung alle mögliche Unterstützung zur nachdrücklichen Fortführung des Krieges.

Deutsches Reich.

Wir müssen weitere Arbeitskräfte haben!

Die „Nöln. Volkszeit.“ veröffentlicht an der Spitze einer Nummer vom 20. Februar eine Zuschrift unter obigem Titel, welche folgendermaßen lautet:

Die Neutralen kämpfen ebenso wie wir um ihr Dasein. Sie leiden ebenso unter den Bergemaligungen-Maßregeln Englands, Beschlagnahme ihrer Schiffe usw., so daß ihre eigene Kohlen- und Nahrungsmittel-Zufuhr auf das schwerste gestört oder gänzlich unterbunden ist. Deutschland muß einigen Neutralen, z. B. Dänemark und der Schweiz, mit Kohlen aushelfen. Die Förderung dieser Kohlenmengen macht uns selbst die größten Schwierigkeiten und benachteiligt Hunderttausende eigener Landesfinder in der Heimat. Also sollten uns die Neutralen helfen, die Kohlen zu fördern, die wir ihnen liefern, d. h. die benachbarten neutralen Staaten sollen uns schnellig geeignete Arbeiter in großer Zahl zur Verfügung stellen, die als Hilfsarbeiter in unseren Schienenbergwerken arbeiten können. Gegenüber der Rücksichtslosigkeit Englands müssen alle Bedenken der Neutraler wegsinken! Wenn dieselben uns so durch Bereitstellung von Arbeitskräften entgegenkommen, werden sie mithelfen, den Krieg um so rascher zu beenden.

Man kann diesem sehr beachtlichen Vorschlag, der den Neutralen — auch in ihrem eigensten Interesse, gemacht wird — nur vollste Zustimmung schenken.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Was den Verbrauchern zugemutet wird.

Daß Muscheln in Gelee und Muschelfleisch ausnahmslos sandig sind, und daß eingekalgene Muscheln sich unappetitlich und schlecht gepunkt, mit Seetang und Schalenteilen vermischt, präsentieren, nimmt man schon wehmütvoll in den Kauf, wobei man sich sagt, daß Lohnfabriken trotz staatlicher Aufsicht nicht das Interesse an einer lockenden Ware haben, das sie als freie Fabriken in friedlichen Zeiten schon der Konkurrenz wegen haben müssen. Daß diesem Gebaren aber nicht immer nur Fahrlässigkeit zugrunde liegt, steht man aus dem Bericht über einen Vortrag, den Herr Direktor Kiel auf der Braunschweiger Versammlung der Zuderindustriellen über Steckerübentrocknung hielt. Er sagte da u. a.:

„Die Dörngemüsefabriken schälen ihre zu verarbeitenden Kohlrüben. Ich bezweifle, daß das für unsere Verhältnisse möglich sein wird. (Zustimmung.) Ich glaube auch nicht, daß das unbedingt erforderlich ist. Wenn man Geflügel ißt, muß man ab und zu ein kleines Stöckchen aus dem Mund nehmen; weshalb soll man nicht, wenn man später Steckerüben ißt, auch einmal ein Stöckchen, das einem zu hart vorkommt, aus dem Munde entfernen können. (Heiterkeit.) Ich habe eine Probe ausgestellt. Das ist die Kohlrübe, wie sie gewaschen, geschneitelt und getrocknet ist; die Köpfe sind dabei nicht entfernt, es sieht der Schmutz daran, der bei der Wäsche nicht entfernt werden konnte, und es sieht auch die Schale daran. Das Produkt sieht auch ganz gut aus, aber ich behaupte nicht, daß Sie in Ihren Schneidemaschinen überall eine solche Ware herstellen können. Ich habe dieselbe in einer besonderen Anlage hergestellt, um Ihnen zu zeigen, daß die Schale und der nicht zu entfernende — nennen wir es einmal Unrat — absolut nicht daran auffällt, und daß vielleicht dieser kleine Vergleich zwischen Geflügelstücken und der Schale der Steckerüben nicht ganz unrichtig ist. Das Zeug sieht sehr schön aus.“ ... Wir möchten diese Ausführungen der Reichsartoffelstelle, der die Rübenentrocknungsberichte unterstellt sind, recht gelegentlich empfehlen, denn so weit sind wir hoffentlich noch nicht, daß wir den Unrat mitessen müßten.

— Beihilfen für ledige Mütter. Eine sozialpolitisch wertvolle Maßnahme hat der Magistrat Breslau in Aussicht genommen. Auf eine Eingabe der Schlesischen Gruppe des Deutschen Bundes für Mutterrecht sollen ledige Mütter, die ihr Kind selbst aufziehen wollen, aber zunächst noch einen Beruf erlernen oder bestimmte Anschaffungen zur Ausübung eines solchen machen müssen, Beihilfen erhalten, die ihnen die Begründung einer Existenz erleichtern oder ermöglichen. Die Unterstüßungen, also z. B. Lehrgelder, Unterhaltsbeihilfen während der verdienstlosen Lehrzeit, Nähmaschinen usw., sollen von Fall zu Fall auf besonderen Antrag gewährt werden, und zwar aus vorhandenen Fonds, daher nicht als „Armenunterstützung“ gelten. Es wäre im Interesse der Gefunderhaltung insbesondere der unehelichen Kinder sehr erwünscht, wenn auch andere Kommunen dem gegebenen Beispiel folgten.

— Mehr Rücksicht auf die Wagenführer und -führerinnen der Straßenbahn verlangt ein Leser. Er schreibt uns: Als Wagenführer bin ich gezwungen, täglich die Straßenbahn von der Schiersteiner Straße nach dem Kochbrunnen zu benutzen. Meistens stehe ich auf der vorderen Plattform des Wagens und habe dadurch Gelegenheit, zu beobachten, wie oft Fußgänger und Fuhrleute das warnende Läuten der Wagenführer und -führerinnen unbeachtet lassen und kurz vor den fahrenden Wagen die Straße überqueren. Die Leute bedenken dabei gar nicht, welche Anforderungen sie an die Kräfte und die Kraft der Wagenführer stellen. Nicht allein, daß die Gesundheit dieser durch den harten Dienst und die schmale Kost stark in Anspruch genommenen Beamten geschädigt wird, sie sind auch in Gefahr, bei einem etwaigen Zusammenstoß bestraft zu werden.

— Zur Frage des 6-Uhr-Abendessens wird uns von einem hiesigen Geschäftsmann geschrieben: „Durch das späte Aufmachen morgens und teilweise Schließen in der Mittagsstunde ist die Verkaufszeit an und für sich stark gekürzt. Die Hausfrau hat stundenlang mit dem Einkauf der Lebensmittel zu tun. Nun müssen auch noch andere, notwendige Artikel gekauft werden. Daher kommt es, daß sich der Verkauf kurz vor Mittag und kurz vor Abend schluß demachen zusammenbringt, daß an ein ordentliches Bedienen manchmal gar nicht zu denken ist. Wie oft hört man da den Ausruf: „Man weiß gar nicht, wann man kaufen soll. Früh ist nicht auf, mittags ist geschlossen und abends auch schon um 7 Uhr nichts mehr zu haben.“ Bewiß, es gibt Geschäfte, die in drei Stunden ihr ganzes Geschäft abwickeln, aber die Mehrzahl der Geschäfte wird durch eine nochmalige Verkürzung viel Schaden erleiden. Betreibe ein Verkaufsgeschäft auch noch ein Handwerk, so ist es für dieses Geschäft ein direkter Schaden, wenn der Laden, der auch Annahmestelle ist, so früh geschlossen wird. Für eine verkürzte Verkaufszeit noch Personal einstellen, geht nicht, da der Verdienst heute nicht darnach ist. Der Lichtverbrauch, welcher in Frage kommt, kann, wenn die Schaufenster dunkel sind, und eine dementsprechende Ladenbeleuchtung verwendet wird, nicht ausschlaggebend sein, zumal es jetzt schon bis 8 Uhr hell ist, und die Tage mit jedem Tag länger werden.“

Provinz Hessen-Nassau.

Regierungsbezirk Wiesbaden.

ht Adeln, 20. Febr. In einer hiesigen Hutlederfabrik wurde der Arbeiter Franz Gahn aus Niederzwehren von einer Presse die rechte Hand glatt abgequetscht.

n Bad Homburg b. d. G., 20. Febr. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurden die Nachpreise der Verkaufsschalen in Kurpark um die Hälfte herabgesetzt, da der Verdienst der Pächter während des Krieges sich erheblich verringert hat. — Mit Theaterdirektor Adalbert Steffter schloß die Stadt für die Dauer seines noch laufenden Verpflichtungen einen neuen Vertrag dahin ab, daß Steffter sich verpflichtet, mit seiner ganzen Truppe nach Homburg überzugehen. Ihm wird das ganze Theater überlassen, außerdem wird er verpflichtet, an zwei Abenden der Woche eine Vorstellung zu geben. — Der Veranschlag der Kur- und Badeverwaltung für das Jahr 1917 steht zwar, wie in den Vorjahren, abermals einen Fehlbetrag vor, doch ist dieser erheblich geringer, als vermutet wurde. Nach dem Kriege hofft man wieder auf Überschüsse und erwartet hat der fremdländischen Kurgäste einen großen Zustrom von deutschen Besuchern. — Außerhalb der Landesgrenzen wurde dem Magistrat anbeigegeben, größere Geländestücken als Gemüßland für minderwertige Leute bereitzustellen, ebenso soll dem vermehrten Anbau von Kartoffeln besondere Sorgfalt zugewendet werden.

Neues aus aller Welt.

Die Explosion einer Londoner Munitionsfabrik.

W. T.-B. Amsterdam, 20. Febr. (Drahtbericht.) Nach einem hiesigen Blatt beträgt der Schaden, den die Explosion einer Munitionsfabrik in London am 19. Januar anrichtete, 1 Million Pfund Sterling.

Eine Schlagwetterexplosion. W. T.-B. Dortmund, 20. Febr. Heute nachmittag gegen 1 1/2 Uhr ereignete sich auf der Zeche „Kaiserstuhl“ eine Schlagwetterexplosion, bei der drei Bergleute getötet und sieben verletzt wurden.

Ein Gebirgsbrand. Beuthen (Oberschlesien), 20. Febr. Auf dem Schanzmann-Floß der Paulusgrube (250-Meter-Sohle) entstand, wie bereits erwähnt, am Freitag aus ungewisster Ursache ein Gebirgsbrand, bei welchem zuerst drei Mann und dann ein Steiger und ein Mann der Rettungsabteilung umgekommen sind. Der Brandherd ist abgedämmt. Ein Mann befindet sich noch in dem abgedämmten Brandfeld, der wohl ebenfalls tot ist.

Schiffszusammenstoß. W. T.-B. Paris, 21. Febr. Am 17. Februar ist drei Seemeilen von der Küste bei Biarritz ein griechisches Schiff mit dem norwegischen „Vreix“ zusammengestoßen; letzteres ist nach 15 Minuten gesunken. Die Mannschaft wurde gerettet.

Eine große russische Fabrik in die Luft geflogen. S. Stodholm, 21. Febr. (Fig. Drahtber. d. B.) Die Zanssonische Fabrik in Groß-Öhta, die sich mit der Herstellung von Aluminiumpulver beschäftigt, die größte Fabrik ihrer Branche, flog in die Luft. Eine Weiterherstellung des Betriebes ist gänzlich ausgeschlossen. Mehrere Arbeiter sind verbrannt.

Letzte Drahtberichte.

Der Tagesbericht vom 21. Februar.

W. T.-B. Großes Hauptquartier, 21. Febr. (Amtl.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Trübes Wetter und Regen hielten die Gefechts-tätigkeit in mäßigen Grenzen.

Südöstlich von Opern und beiderseits des Kanals von La Bassée schlugen Erkundungsvorstöße der Engländer, bei Flirey zwischen Maas und Mosel, Teilangriffe der Franzosen fehl.

Bei Wegnahme des Stützpunktes südlich von Le Transloy am 19. Februar sind 2 Offiziere und 36 Engländer gefangen, 5 Maschinengewehre erbeutet worden.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Zu einzelnen Frontabschnitten vornehmlich in den Balckarpätzen und beiderseits des Ditzo-Zales Artillerie-feuer und Vorfeldgefechte.

Mazedonische Front.

Lebhaftem Feuer zwischen Wardar und Doiran-See folgten abends Vorstöße englischer Abteilungen, die abgewiesen wurden.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.